

**Redebeitrag zum Haushalt 2023 Landeshauptstadt Magdeburg
von Olaf Meister, Vorsitzender der Fraktion GRÜNE/future! in der SR-Sitzung am 12.12.2022**

Sehr geehrte Damen und Herren,

selten war die Aufstellung eines Haushaltes so von Unsicherheiten geprägt, wie wir es aktuell erleben. Einfach ist es nie, aber diesmal schlagen schwere internationale Krisen in lange nicht gekannter Intensität bis auf die kommunale Ebene durch. Krieg, Energiekrise, Inflation bei gleichzeitiger Notwendigkeit auf die schon bestehenden langfristigen ernsten Probleme wie Klimakatastrophe, drastische Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur und demographischen Wandel zu reagieren.

Weder haben wir Sicherheit, wie sich die Einnahmensituation im nächsten Jahr entwickelt, noch können wir das bei den Ausgaben sagen. Wir können uns nicht einmal sicher sein, ob wir nicht noch weitere Aufgaben bei der Bewältigung von Krisen haben werden, die wir jetzt vielleicht nur erahnen.

Bestimmte Risiken sind auch erkennbar sehr knapp bemessen - Vorsorge für 1%-Tariferhöhung dürfte vermutlich kaum reichen.

Vor diesem schwierigen Szenario ist es schon ein Wert an sich, dass wir mit dem vorliegenden 850 Mio. €-Haushalt für Magdeburg Handlungsfähigkeit erreichen. Dass wir mit der nötigen Gelassenheit sagen können, dass unsere Stadt ihre Aufgaben erfüllen kann und die kommunale Daseinsvorsorge für die Menschen gesichert ist. Schon unter diesem Aspekt ist es ein Gebot der politischen Verantwortung, den Haushalt hier und heute durch den Stadtrat zu bringen.

Schaut man auf die den Haushalt bestimmenden Details, ergibt sich aber durchaus ein differenziertes Bild, dass auch Anlass zu Kritik gibt. Natürlich muss man als Ratsfraktion als Maßstab auch die eigene politische Agenda anlegen, muss sich fragen, ob der Haushalt den Zielvorstellungen gerecht wird, die man selbst für die Zukunft der Stadt entwickelt hat.

Daran können Haushalte in zweierlei Weise scheitern. Dies tun sie zum einen immer (!) in quantitativer Hinsicht. Klar. Jeder wünscht sich mehr.

Der Wunsch nach finanziellem Engagement für ein Ziel wächst immer hoch und trifft dann im Haushalt auf die Tatsache der tatsächlich naturgemäß nur begrenzt zur Verfügung stehenden Ressourcen. Damit kann und muss man politisch klug umgehen.

Viele Projekte und Vorhaben, die uns hier im Rat beschäftigen, haben daher ja auch nicht nur den Blick auf das nächste Jahr. Vieles ist nur mittel- oder gar langfristig umzusetzen. Viele Entscheidungen die wir treffen, verändern gar nicht so sehr das Leben im Jahr 2023, werden unsere Stadt aber noch in vielen Jahrzehnten prägen - so wie auch wir von Entscheidungen profitieren oder unter ihnen leiden, die andere Generationen hier in diesem Saal vor uns getroffen haben.

Damit komme ich zum eigentlichen Punkt. Ein Haushalt muss mit seiner schmalen Jahresscheibe den Gesamtzielen dienen. Dies tut der aktuelle Entwurf nur bedingt.

Das liegt vor allem daran, dass sowohl im Stadtrat, als auch in der Verwaltung in vielen wesentlichen Dingen gar keine Einigkeit besteht, was denn diese Ziele sind.

Es ist zu erkennen, dass seit der Kommunalwahl 2019 der Stadtrat in vielen Punkten einen neuen Kurs eingeschlagen hat. Hier werden jetzt richtigerweise Debatten geführt und Entscheidungen getroffen, die so vor wenigen Jahren noch undenkbar waren.

Während Alt-OB Lutz Trümper mit diesem Wechsel erkennbar Probleme hatte und die Verwaltung etwas ratlos vor den unterschiedlichen Richtungsentscheidungen von Rat und OB stand, ist mit der neuen Oberbürgermeisterin auch in der Verwaltung der Weg zumindest für die Diskussion neuer Ideen offen.

Lassen sie mich kurz einige Themengebiete und die jeweiligen Zielstellungen ansprechen.

Eine beeindruckende Einigkeit zeigen sowohl der Rat als auch die Verwaltung beim Thema Wirtschaft, was aktuell natürlich vor allem die Großansiedlung Intel betrifft. Das ist gut so. Es wird deutlich, dass die demokratischen Fraktionen dafür Sorge tragen und tragen werden, dass dieses Projekt, soweit es in unserer städtischen Verantwortung liegt, zum Erfolg geführt wird.

Auch der städtische Haushalt trifft dafür nötige Weichenstellungen. Wichtig wird auch die Zusammenarbeit mit den angrenzenden Städten und Gemeinden (dortige Sorgen). Das Projekt eröffnet für unsere Stadt und die gesamte Region enorme Chancen. (Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Chancen für Stadtentwicklung, Internationalität, Kultur, Hochschulen)

Zugleich bringt es aber große Herausforderungen in den verschiedensten Bereichen mit sich (Ressourcen, Wohnen etc.). Unabhängig hiervon werden wir in unserer zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung darauf achten müssen - so schwer das bei so einer Großansiedlung auch ist - keine Monostruktur entstehen zu lassen.

Auch weiterhin gilt das Ziel, unsere kleinteilige regionale Wirtschaftsstruktur zu nutzen, zu stärken und aus ihr heraus zu wachsen. Intel kann da ein Motor sein, sollte aber letztlich Teil des Ganzen werden.

In einem zentralen anderen Politikfeld ist die städtische Zielstellung hingegen im Rat und wohl auch in der Verwaltung stark umstritten.

Dies betreffen vor allem die Fragen der Stadtentwicklung. Wie soll die Innenstadt aussehen, wo und wie soll neues Wohnen entstehen, wie halten wir es mit dem Grün, der Energieversorgung und vor allem - da liegen dann die Emotionen blank - wie organisieren wir den Verkehr?

Ziel sollte, soweit bekommt man noch Einigkeit hin, eine möglichst hohe Lebens- und Aufenthaltsqualität sein. Dafür braucht man natürlich auch einen gut organisierten Verkehr. Vor allem müssen sich aber die Menschen in ihrer Stadt wohlfühlen, sich da gerne aufhalten.

Die in der Vergangenheit über Jahrzehnte getroffenen Prioritätensetzungen gingen in eine gänzlich andere Richtung. (Tunnel) Lebensqualität, auch Identifikation mit der Stadt, entsteht nicht an einer vier- bis sechsspurigen innerstädtischen Durchgangsstraße (Wo gehts hier zur Innenstadt?).

Wenn man die Attraktivität Magdeburgs erhöhen will, wird man mit der seit den 1960ern anhaltenden Verkehrspolitik und Städteplanung brechen müssen.

Das heißt dann z.B. höhere Anteile an der Verkehrsleistung für ÖPNV, Rad- und Fußverkehr. Um die zu erreichen, müssen wir an unsere Infrastruktur ran, müssen Platz anders verteilen und nutzen, brauchen eine wieder verdichtete Stadt, in der mehr Menschen in der Innenstadt leben und arbeiten, müssen Planungen ändern, Personal und Finanzmittel bereitstellen.

Nicht um irgendwen zu ärgern, sondern für unsere Stadt.

Wir brauchen da eine grundsätzliche Entscheidung, die sich in jeder einzelnen Maßnahme widerspiegelt. Da wird dann gerne „Ideologie“ gerufen (politischer Kampfbegriff). Das ist keine Ideologie, das sind wertebasierte Entscheidungen, die sich naturgemäß in allen Einzelentscheidungen wiederfinden, wiederfinden müssen. (aktuelle Beispiele: Schönebecker Straße, Strombrücke)

Diese Beispiele zeigen, wie unsicher die Richtungsentscheidungen noch sind, wie wankelmütig Mehrheiten sein können und wie schwierig es dementsprechend ist, eine langfristige Linie in die Entscheidungen der Stadt und damit auch in den Haushalten zu verankern.

Dieser nötige Umbau findet nicht im Haushalt 2023 statt, nicht nur. Er ist eine Aufgabe für Generationen. Er muss sich aber eben auch in diesem Beschluss wiederfinden.

Mit dem sogenannten Radentscheidsbeschluss des Stadtrates wurden für städtische Haushalte Pflöcke eingeschlagen, indem nun eine Mindestfinanzierung, aber auch die Schaffung einer/eines Rad- und Fußverkehrsbeauftragten vorgesehen ist.

Für letzteres fehlt die Umsetzung im Haushalt - ein entsprechender Änderungsantrag zur Korrektur ist gestellt und sollte beschlossen werden. Andere Maßnahmen, wie das geplante Radwegkonzept, das Schüler*innenticket (der alte OB hielt dergleichen noch für Teufelswerk) zeigen aber, dass Magdeburg in der richtigen Richtung unterwegs ist.

Auch die Beschlüsse zum ÖPNV in der Verkehrsentwicklungsplanung (Beschleunigung des ÖPNV, bessere Anbindungen bis hin zu Planungen für Intel - S-Bahn, Straßenbahn, Radschnellweg), der Beschluss zur Entschärfung von Unfallschwerpunkten und die allgegenwärtige Diskussion zu Verbesserungen im Einzelfall geben mittelfristig Anlass zu Optimismus, dass sich in Magdeburg da was dreht.

Den ganz großen Wurf des zurückliegenden Jahres nämlich der Beschluss zum Rahmenplan Innenstadt, will ich an dieser Stelle auch in der Haushaltsdebatte erwähnen. Ich erwarte und erhoffe von der Stadtverwaltung, dass dieser Plan nicht ein Schattendasein in einer Amtsschublade führt, sondern ständig gelebt wird. Er ist der solange herbeigewünschte Schlüssel für die so dringende Revitalisierung unserer Innenstadt.

Enttäuschend ist leider auch weiterhin die Situation des Grüns, vor allem der Bäume. Der vorgelegte, aktuell wieder zurückgezogene Plan zur Wiederaufforstung, sah völlig unzureichende Anstrengungen vor (144 Jahre zum Aufholen der Verluste von 2011 bis 2019).

Sie sollten Teil unserer Bemühungen um Klimaneutralität bis 2035 sein. (Aktuell werden seit zwei Jahren nicht mal die Ausgleichsmaßnahmen kontrolliert. Bemühungen seit 1998 zu prüfen scheiterten.) Manchmal ist es gar nicht die Anzahl, sondern vor allem auch der Ort der Pflanzung. Wir brauchen Bäume insbesondere auch entlang unserer innerstädtischen Straßen und Wege. (Blauer Bock, trostlose Betonwüsten häufig)

Als dritten Punkt möchte ich noch den großen Bereich des im weiteren Sinne Sozialen ansprechen. Für unser Gemeinwesen ist es von essenzieller Bedeutung, dass wir als Menschen in Magdeburg zusammenstehen.

Unterschiedliche Lebensentwürfe sind völlig in Ordnung, ja geradezu Bedingung für die Verwirklichung der Einzelnen. Wir müssen aber dafür Sorge tragen, dass das Zusammenleben als örtliche Gemeinschaft funktioniert, niemanden zurückgelassen, Teilhabe aller gewährleistet wird.

Auch wenn das zu meist die berühmten „konsumtiven Kosten“ sind, sind die Ausgaben im Sozialbereich (die fast die Hälfte des Budgets umfassen), aber gerade auch bei Bildung und Kultur insofern wichtige Investitionen in unsere Gemeinschaft. Das drückt sich in einer höheren Lebenszufriedenheit aller aus und wirkt negativen Tendenzen einer Gesellschaft wie Kriminalität aber auch Hass, Extremismus, Ausgrenzung und Armut entgegen.

Dieses Zusammenleben ist in jüngerer Zeit stark unter Druck geraten.

Es gibt in der Gesellschaft, aber auch gerade im politischen Bereich stark gewordene Kräfte, die auf die vielfältigen komplexen Probleme einfache Antworten geben wollen.

Die den Schuldigen präsentieren, gerne in Form nationaler, religiöser, sexueller oder wie auch sonst immer definierter Minderheiten.

Gerne auch mit dem Verweis auf „die da oben“ - immer eine schöne Möglichkeit eine ganze rechtsstaatliche Ordnung mit der ganzen komplizierten Gewaltenteilung zu diskreditieren. Zu viele finden das attraktiv.

Ein klarer Schuldiger auf den man mit Verachtung schauen kann, weil einen damit wenig verbindet. Hören Sie mal genau hin, wenn nachher hier die AfD ans Pult tritt und erzählt, wer vermeintlich Schuld hat, wer weniger Wert ist als die anderen, welches Vorurteil gepflegt und unter die Leute gebracht wird.

Diese Entwicklung ist absolutes Gift für eine Gesellschaft und kann dramatischste Konsequenzen haben, wenn man ihr nicht entgegentritt. Das tun wir aber.

Nicht nur mit den Pflichtaufgaben im Sozialbereich und der klassischen Kulturförderung, sondern das wollen wir auch mit der Finanzierung von Projekten wie intakt oder Schauwerk tun. Wir müssen da auch noch besser werden, so sollten wir mehr Räume und Möglichkeiten für die Subkultur und die freie Kulturszene eröffnen.

Lassen Sie mich abschließend noch etwas Kritisches zum Haushaltsverfahren sagen: Leider ist es erneut nicht gelungen, die bestehenden Spielräume aufzuzeigen und bewusste Entscheidungen darüber herbeizuführen. Wie schon in der Vergangenheit debattiert und entscheidet der Stadtrat nicht über die offenen Spielräume, sondern entscheidet zum Haushalt über Wunschlisten, die ohne Deckungsquellen unterbreitet werden.

Ohne konkrete Finanzierungsangabe bleibt die Wirkung solcher Beschlüsse völlig unklar. Wird damit nur eine konkrete Zweckbindung der vorhandenen Mittel ausgesprochen? Was wird dann im Gegenzug nicht finanziert? Wer entscheidet das?

Selbst aus der Verwaltung kommen so ungedeckte Initiativen. Dieses Verfahren ist nicht befriedigend und wird der Bedeutung des Beschlusses nicht gerecht.

Wir werden heute die zahlreichen Änderungsanträge behandeln. Meine Fraktion wirbt selbstverständlich um die Zustimmung zu den unsererseits noch gestellten Anträgen, die ich zum Teil eben angerissen habe. Am Ende bin ich sicher, dass wir den Haushalt 2023 heute verabschieden und Magdeburg so in die Lage versetzen, selbstbewusst und aus eigener Kraft die Aufgaben des kommenden Jahres zu bewältigen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Es gilt das gesprochene Wort!

Olaf Meister